

Regionale Kaufkraftunterschiede – Und was macht die Rente?

Marlene Haupt und Werner Sesselmeier

Stichworte: Sozialpolitik, Lebenslage, Alterssicherung, Kaufkraft

Eines ist sicher – die Rente! Dieser Slogan von Norbert Blüm aus dem Jahr 1986 brannte sich wie kaum ein anderer politischer Satz in die Köpfe der Deutschen ein und bestimmte lange die Politik. Mit diesem Slogan war auch die Rentenhöhe gemeint. Doch diese gibt nur die nominale individuelle Einkommenssituation wieder. In der gesamten Bundesrepublik ist die Rentenhöhe von der Arbeitsmarkthistorie der Rentenbezieher:innen abhängig. Gibt es also zwei Personen mit identischer Arbeitsmarktbiografie inklusive identischer Entlohnungshöhen, so bekommen sie auch eine identische Rente. Aber ergibt sich daraus auch eine identische Lebenslage?

Der Markenkern des Begriffs Lebenslage ist seine Mehrdimensionalität (Engels 2008, S. 643). Er umfasst materielle wie immaterielle Aspekte sozioökonomischer, -kultureller und -biologischer Art und ist dabei der Rahmen, der die Handlungen von Personen beeinflusst, und gleichzeitig von den Personen beeinflussbar ist. In dieser Perspektive ist „Armut“ nicht auf Einkommensarmut begrenzt, sondern auf mehrdimensionale Unterversorgungslagen und deren Wechselwirkungen bezogen. Der Lebenslagenansatz wird in vielen wissenschaftlichen Disziplinen – zu nennen sind insbesondere die Sozialpolitiklehre, die Nationalökonomie, die Sozialphilosophie, die Soziologie sowie die Sozialversicherungswissenschaft – genutzt, um eine personale, individuelle Handlungsebene mit institutionell vorgegebenen Handlungsmöglichkeiten zu verbinden (Schmale 2015).

Basierend auf den Arbeiten von Otto Neurath, Friedrich Engels und Max Weber knüpfte Weisser nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland an diesen Begriff an und etablierte seinen Lebenslagenansatz als zentralen Begriff der Sozialpolitiklehre (Weisser 1957; Weisser 1978). Bis in die 1970er Jahre hinein war die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Lebenslagenansatz auf Sozialpolitiker:innen beschränkt. Denn ausgehend von der individuellen Lebenslage entfernte sich Weisser durch den Lebenslagenansatz vom wissenschaftlichen Mainstream der Wirtschaftswissenschaften und der ökonomisch ausgerichteten Sozialpolitiklehre mit deren Grundlage des metho-

dologischen Individualismus sowie des idealistischen Werte-Apriorismus. Darin folgt ihm auch Schulz-Nieswandt (etwa bereits 1993 und 1998), der auf die Bedeutung gesellschaftlicher Arrangements als Determinanten von Möglichkeitsräumen über die Einkommensverteilung hinaus verweist.

Neben dem Lebenslagenansatz werden derzeit in der Armutsforschung und im sozialpolitischen Diskurs über Armut noch der Ressourcen-, Lebensstandard-, Verwirklichungschancen- und Exklusionsansatz verwendet, die sich vor allem hinsichtlich des direkten und indirekten Zugangs zum Phänomen Armut unterscheiden (Dittmann/Goebel 2018).

Lebenslagen sind in materieller Hinsicht vor allem durch die reale Einkommenssituation geprägt. Damit hängt die Lebenslage nicht nur vom Erwerbseinkommen, sondern auch von der Preisentwicklung ab. So wird gegenwärtig zwar die Belastung etwa von Ruhegeldbezieher:innen durch die nicht mehr gewohnte hohe Inflation diskutiert, wobei man vor allem auf exogene Ursachen wie die Coronapandemie und den Ukrainekrieg zielt. Im Rahmen dieser Diskussion verbleibt man allerdings auf der nationalen Ebene. Doch welche Rollen spielen regionale Unterschiede in den Lebenshaltungskosten und wie können diese abgebildet und kompensiert werden? Schließlich hängt die Frage, ob die identische Rente die zu tätigen Ausgaben abdeckt, stark mit der damit verbundenen regionalen Kaufkraft zusammen. Diese regionale Kaufkraft wiederum wird vom regionalen Preisniveau des für Rentner:innen relevanten Warenkorbs bestimmt.

Daher ist es umso spannender, dass das deutsche Alterssicherungssystem zwar von einer hohen Anzahl kleinerer und größerer Reformen gekennzeichnet ist, sich davon aber keine mit Fragen der Regionalisierung von Rentenzahlungen beschäftigt hat. Vielmehr wird hier ein Ausgleich unterschiedlicher Lebenshaltungskosten über die steuerfinanzierte und bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherung im Alter organisiert. Vor dem Hintergrund der Idee gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland¹ stellt sich des-

1 Koalitionsvertrag 2021: „Mehr als 30 Jahre nach der Deutschen Einheit bleibt es unsere Aufgabe, die innere Einheit sozial und wirtschaftlich zu vollenden. Die Lebensverhältnisse in unseren Regionen, in Städten und dem ländlichen Raum sind nicht gleich, aber sie sollten gleichwertig sein. Zu guten Lebensbedingungen gehören bezahlbares Wohnen, schnelles Internet, eine erreichbare Gesundheitsversorgung und alltagstaugliche, nachhaltige Mobilitätsangebote.“ (SPD/GRÜNE/FDP 2021, S. 5); siehe auch Sozialer Fortschritt 4/2023.

„Gleichwertige Lebensverhältnisse sind die Basis für Vertrauen in unsere Demokratie und halten unser Land zusammen.“ (SPD/GRÜNE/FDP 2021, S. 127).

halb die Frage, ob ein regionaler Ausgleich nicht direkt in die Rentenzahlungen integriert werden sollte.

Dabei bleibt auch weiterhin der Arbeitsmarkt der entscheidende Einflussfaktor. So können für die Entlohnung sowohl ein West-Ost- als auch ein Süd-Nord-Gefälle sowie starke Unterschiede innerhalb der jeweiligen Bundesländer festgehalten werden. Es bietet sich folglich an, die monatlichen Bruttoentgelte von Vollzeitarbeitnehmer:innen nach Kreisen zu vergleichen. Da sich die Renten an den Erwerbseinkommen orientieren, ist die nächste Frage, ob die Unterschiede in den Rentenhöhen auch den Unterschieden bei den Löhnen entsprechen, denn dort, wo hohe Löhne gezahlt werden, sollten auch die Rentenzahlungen entsprechend hoch sein.

Damit ist als nächstes zu klären, ob und wenn ja, wie die Lebenshaltungskosten mit den Einkommenshöhen korrelieren. Zu vermuten ist zunächst eine positive Korrelation zwischen Lebenshaltungskosten und Erwerbseinkommen. In Bezug auf die Alterseinkommen müsste für eine genauere Bestimmung allerdings zunächst ein für die Ruhegeldempfänger:innen relevanter Warenkorb ermittelt werden. So weist Metzger (2016) beispielsweise darauf hin, dass Aussagen über Lebensverhältnisse im finanziellen Sinne nicht nur auf Grundlage von nominalen Beträgen getroffen werden sollten, sondern auch unterschiedliche Preisniveaus und somit kaufkraftbereinigte Werte in die Betrachtung einfließen sollten und unterstreicht mit seiner Analyse den Mehrwert einer zusätzlichen Betrachtung regionaler Preisunterschiede. Metzger (2016) zeigt, dass die regionalen Preisunterschiede und somit regionalen Rentenniveaus einen signifikanten Einfluss auf die regionalen Quoten bezüglich des Empfangs von Grundsicherung im Alter haben.

Aus dem Dreieck der Höhe der Erwerbseinkommen, der Höhe der Alterseinkommen und der Höhe der Lebenshaltungskosten lassen sich nun unterschiedliche Typen von Regionen herausfiltern. Dabei muss noch das Ein- und Auspendeln von Erwerbstätigen berücksichtigt werden, denn hohe Erwerbseinkommen in bestimmten Regionen können damit zu hohen Altersrenten in anderen Regionen führen.

I. Was wissen wir bisher?

1. Zu den Lebenshaltungskosten

Für Deutschland stellen Demary/Kruse/Zdrzalek (2021) fest, dass ärmere Haushalte und Ältere stärkeren Steigerungen ihrer Lebenshaltungskosten

gegenüberstehen als reichere bzw. jüngere Haushalte. In beiden Fällen liegt die Ursache in unterschiedlichen Preisentwicklungen von Bestandteilen der Warenkörbe. Sowohl Ärmere als auch Ältere konsumieren weniger Elektrogeräte, die qualitätsbereinigt im Preis gefallen sind.

Diese Ergebnisse müssen in mehrfacher Hinsicht diskutiert werden, denn ein Vergleich verschiedener Gruppen mit gleichen Warenkörben scheint problematisch. Reicht hier eine unterschiedliche Gewichtung einzelner Warenkorbbestandteile oder müssen die Warenkörbe nach Subgruppen differenziert zusammengestellt werden? Analysen am aktuellen Rand zeigen zunächst nur geringe Unterschiede zwischen den inflationsbedingten Belastungen von Haushalten im Rentenalter und Durchschnittshaushalten (Beznoska u. a. 2023). Allerdings zeigen sich innerhalb der Gruppen starke Differenzen. Zudem liefern verschiedene Konsumgütergruppen gegenläufige Inflationsbeiträge, so dass sich Ähnlichkeiten auch durch entgegengesetzte Effekte ergeben.

2. Zu den Erwerbseinkommen

Zudem sind starke regionale Unterschiede in den Nominal- wie Reallöhnen feststellbar (siehe Dauth/Mense 2022). Die regionalen Nominallohndifferenzen lassen sich durch regionale Unterschiede bei der Ansiedlung von Hochlohnbranchen, durch die regional unterschiedliche Dominanz kleinerer und mittlerer Unternehmen sowie durch eine generell geringere Verbreitung höherwertiger Unternehmensfunktionen erklären (Ragnitz 2012). Die regionalen Reallohndifferenzen resultieren aus größeren Preisdivergenzen bei sogenannten nicht-handelbaren, also nur regional gehandelten Gütern. Hierzu gehören etwa Waren, die aufgrund von Transportkosten oder leichter Verderblichkeit überwiegend regional abgesetzt werden, haushaltsnahe Dienstleistungen und Wohnungsmieten (Ragnitz 2012). Gerade die beiden letzten Punkte sind für Haushalte Älterer relevant.

Bei einer regionalisierten Betrachtung muss zudem über die relevanten Regionen nachgedacht werden: Ist eine kleinteilige Betrachtung auf Kreisebene zweckmäßig oder aufgrund der Lohndeterminiertheit der Renten eher die Betrachtung der 96 Raumordnungsregionen sinnvoll, die u. a. wegen der Pendlerverflechtungen als lokale Arbeitsmärkte interpretiert werden können? Des Weiteren werden neben Preisindizes für unterschiedliche sozioökonomische Gruppen auch solche für unterschiedliche Regionen benötigt. Für letzteres kann auf die Berechnungen von Weinand und von

Auer (2020) zurückgegriffen werden, die das regionale Preisniveau relativ zum bundesdeutschen Durchschnitt ermitteln.

3. Zu den Alterseinkommen

Aussagen zu den Einkommen im Alter als bestimmende Größe der Lebenslage müssen die gesamte Sicherungsarchitektur der Alterssicherung berücksichtigen, sollen brauchbare Aussagen erzielt werden. Dazu müssen verschiedene Aspekte beachtet werden: Die gesetzliche Rente ist zwar der mit Abstand wichtigste Pfeiler von Alterseinkommen, gleichwohl müssen betriebliche und private Vorsorgemaßnahmen ebenfalls miteinbezogen werden. Das individuelle Alterseinkommen setzt sich somit aus mehreren Quellen zusammen. Daneben ist aber auch der Haushaltskontext zu berücksichtigen. So ist nur bei Alleinlebenden das Haushaltseinkommen mit dem Individualeinkommen identisch. Bei Mehrpersonenhaushalten ist jedoch das Haushalts- und nicht das Individualeinkommen die entscheidende Größe für die Bewältigung der Lebenslage. Zudem stellt sich die Frage, ob bei nach Alter unterschiedlichen Konsummustern je Alter die gleichen Skalen zur Ermittlung des jeweiligen Nettoäquivalenzeinkommens angelegt werden können oder ob sich die Synergieeffekte zwischen Altersgruppen unterscheiden. Schließlich sagt uns eine niedrige individuelle Rente allein auch deshalb noch nichts über den Lebensstandard der Person, da diese Rente durchaus mit einer höheren Pension kombiniert sein kann. Entscheidend für die Beurteilung der Alterseinkommen ist also das Haushaltseinkommen (Sesselmeier/Haupt/Kögel 2014).

II. Regionale Alterseinkommen und die Bewältigung der Lebenslage Alter

Der regionale Wert der Rente und damit die subjektive Zufriedenheit der Rentenbezieher:innen hängen somit von der damit verbundenen regionalen Kaufkraft ab. Sind sich ältere Erwerbstätige und Rentner:innen dessen voll bewusst, so sollten folgende Verhaltensweisen beobachtbar sein:

- 1) Ältere Erwerbstätige in Regionen mit hohen Kosten arbeiten länger als solche in Regionen mit geringeren Kosten.
- 2) Rentner:innen in Regionen mit hohen Kosten arbeiten eher neben dem Rentenbezug weiter als solche in Regionen mit geringeren Kosten.

- 3) Rentner:innen aus Regionen mit hohen Kosten wandern in Regionen mit geringeren Kosten ab.

Diese Verhaltensweisen gelten unter der Annahme vollkommener Rationalität. Sind sie nicht festzustellen, ist zunächst nach den Rahmenbedingungen zu fragen. So kann ein Auspendeln während des Erwerbslebens von einer Region mit eher geringen Kosten und Einkommen in eine Region mit eher hohen Kosten und Einkommen dazu führen, dass die Personen im Alter mit einer hohen Rente in einer Region mit geringeren Kosten leben. Nichtmigration wäre somit die rationale Entscheidung. Daneben ist zu fragen, ob die Kosten eines Umzugs überhaupt bewältigbar wären und ob die gesundheitliche Situation einen solchen zuließe. Zudem ist bei einer so weitreichenden Entscheidung wie Migration nach verhaltensökonomischen Anomalien zu fragen. Diese können mit unvollkommenen Informationen, aber auch mit regionalen Präferenzen begründet werden. Bei jeder Wanderung müssen die Transaktionskosten der Eingewöhnung am neuen Wohnort berücksichtigt werden. Diese ergeben sich durch mangelnde Kenntnisse über ortsgebundene Institutionen, wie etwa Einkaufsmöglichkeiten oder medizinische Versorgung. Zudem hängt eine Migration von der sozialen Einbettung am alten und neuen Wohnort ab. Schließlich sollte die Entfernung zwischen altem und neuem Wohnort eine Rolle spielen, aber auch die Frage des Kulturkreises. Zuletzt gilt es auch die Bedeutung gesellschaftlicher Arrangements als Determinanten von Möglichkeitsräumen in den Blick zu nehmen (Schulz-Nieswandt 1998; Rösner/Schulz-Nieswandt 2007).

III. Fazit

Aus der einfachen Frage, ob Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung regionalisiert werden müssen, wurde unter Berücksichtigung des Lebenslagenansatzes ein umfassender und ausdifferenzierter Fragenkomplex. Regionale Einkommensunterschiede spielen auch im Rentenalter eine Rolle, die gesetzliche Rente scheint aber nicht das geeignete Instrument zur Überwindung von regionalen Disparitäten zu sein. Hier spielen derart viele Faktoren hinein, dass deren Integration eine klar lohnbezogene und an der Gruppenäquivalenz orientierte gesetzliche Rente überfordern würde. Regionale Preisunterschiede und somit regionale Rentenniveaus werden systematisch über die regionalen Empfängerquoten von Grundsicherung im Alter sichtbar und über diese sozialpolitisch im Sinne des Lebenslagen-

ansatzes kompensiert. Die allgemeine Debatte um Altersarmut sollte sich daher allerdings im besten Sinne nicht auf nominale Höhen der Alterseinkommen beschränkt werden, sondern auch regionale Preisunterschiede für Wohnen und Energie, Ernährung und Mobilität in den Blick nehmen. Schließlich sind gleichwertige Lebensverhältnisse von zentraler Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.

Literatur

- Beznoska, Martin, Markus Demary, Judith Niehues und Maximilian Stockhausen (2023), Entwicklung der Inflationsrate für Haushalte im Rentenalter, Köln.
- Dauth, Wolfgang und Andreas Mense (2022), Einheitlicher Mindestlohn trifft auf große regionale Unterschiede, IAB-Kurzbericht 21/2022, Nürnberg.
- Demary, Markus, Cornelius Kruse und Jonas Zdrzalek (2021), Welche Inflationsunterschiede bestehen in der Bevölkerung?, IW-Report 36/2021, Köln.
- Dittmann, Jörg und Jan Goebel (2018), Armutskonzepte, in: Handbuch Armut: Ursachen, Trends, Maßnahmen, hrsg. von Petra Böhnke, Jörg Dittmann und Jan Goebel, Opladen-Toronto, S. 21-34.
- Engels, Dietrich (2008), Lebenslagen, in: Lexikon der Sozialwirtschaft hrsg. von Bernd Maelicke, Baden-Baden, S. 643-636.
- Metzger, Christoph (2016), Kaufkraftbereinigte Renten und Grundsicherung im Alter: Eine Analyse auf Kreisebene, in: Sozialer Fortschritt, 65. Jg., Heft 4, S. 89-97.
- Ragnitz, Joachim (2012), Regionale Lohnunterschiede in Deutschland, ifo Dresden berichtet 2/2012, Dresden.
- Rösner, Hans Jürgen und Frank Schulz-Nieswandt (Hrsg.) (2007), Zur Relevanz des genossenschaftlichen Selbsthilfedankens, 80 Jahre Seminar für Genossenschaftswesen der Universität zu Köln, Münster.
- Schmale, Ingrid (2015), Lebenslage-Ansatz und Capability-Approach: Instrumente zur Messung und Bewertung der Lebenssituation von Individuen und sozialen Gruppen, in: Handbuch Sozialversicherungswissenschaft, hrsg. von Laurenz Mülheims, Karin Hummel, Susanne Peters-Lange, Edwin Toepler und Iris Schuhmann, Wiesbaden, S. 221-231.
- Schulz-Nieswandt, Frank (1993), Zur Theorie der Wohlfahrtspolitik. Wirtschaftliche Entwicklungen, Gesellschaftspolitik und Lebenslagenverteilung in nationaler und internationaler Perspektive, Weiden-Regensburg.
- Schulz-Nieswandt, Frank (1998), Lebenslagen und Persönlichkeit. Zur Phänotypik der Haltungen in einem Prägehorizont von Raum und Zeit. Eine Studie zum 100. Geburtstag von Gerhard Weisser. Diskussionspapiere aus dem DZA Nr. 22, Weiden-Regensburg.
- Sesselmeier, Werner, Marlene Haupt und Manuel Kögel (2014), Koordination des gemeinsamen Übergangs in den Ruhestand von Ehepaaren, FNA Projektbericht, Berlin.

- Sozialer Fortschritt (2023): Schwerpunkttheft „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland“, 72. Jg., Heft 4.
- SPD, GRÜNE und FDP (2021), Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Berlin.
- Weinand, Sebastian und Ludwig von Auer (2020), Anatomy of Regional Price Differentials: Evidence from Micro-Price Data. in: Spatial Economic Analysis, vol. 15, no. 4, p. 413-440.
- Weisser, Gerhard (1957), Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre, unveröff. u. vervielf. Manuskript, Köln.
- Weisser, Gerhard (1978), Beiträge zur Gesellschaftspolitik, Göttingen.

Autor:innen

Prof. Dr. Werner Sesselmeier, Rheinland-Pfälzische Technische Universität, Kaiserslautern-Landau, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Wirtschaftswissenschaften, August-Croissant-Str. 5, 76829 Landau, werner.sesselmeier@rptu.de

Prof. Dr. Marlene Haupt, Professorin für Sozialwirtschaft und Sozialpolitik, Schwerpunktprofessur „Behavioral Economics and Social Policy“, Hochschule Ravensburg-Weingarten (RWU), Doggenriedestraße 70, 88250 Weingarten, marlene.haupt@rwu.de